

Die Frau rückt vor

Diversität Der Frauenanteil in Verwaltungsräten wächst stetig. Geht das so weiter, könnte in 20 Jahren weltweit Geschlechtergleichheit herrschen.

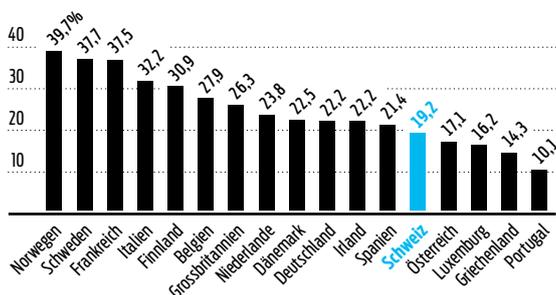
Ein Durchbruch ist noch fern. Doch zeichnet die neue Studie von Egon Zehnder «Global Board Diversity Analysis 2016», die BILANZ exklusiv vorliegt, ein hoffnungsvolles Bild zum steigenden Frauenanteil in Verwaltungsräten und Führungsgremien in der Schweiz sowie weltweit. Für den Report wertete das Personalberatungsunternehmen Daten der 1941 grössten Unternehmen in 44 Ländern sowie von 33 der grössten Schweizer Konzerne aus.

Hierzulande ist der Frauenanteil über die letzten zehn Jahre stetig von 5,9 auf 19,2 Prozent gewachsen. Doch mit durchschnittlich 1,9 Frauen pro Verwaltungsrat sei die kritische Masse noch nicht erreicht, heisst es bei Egon Zehnder. Diese liege bei rund drei weiblichen Mitgliedern. Erst dann sei ein wirksamer Einfluss auf nachhaltige Veränderungen gewährleistet.

Im Ländervergleich schneidet die Schweiz schlecht ab. Sie rangiert nicht einmal im Mittelfeld der untersuchten westeuropäischen Staaten. Durchschnittlich sitzen in europäischen Verwaltungsräten 26,2 Prozent Frauen. Zu den Spitzenreitern zählen Norwegen, Schweden, Frankreich und Italien. Diese Länder haben über ein Drittel ihrer VR-Mandate mit Frauen besetzt. Wobei in Italien und Frankreich in den vergangenen vier Jahren die gesetzliche Frauenquote entscheidend war. Doch in der Schweiz tut sich etwas: In den letzten zwei Jahren waren 32,6 Prozent der neu gewählten Verwaltungsräte weiblich. Wenn zudem mehr Frauen auf der Position des VR-Präsidenten sässen, in der Öffentlichkeit als Führungsfigur aufträten, könnten sie für die kommende Generation als Vorbild gesehen werden, heisst es bei Egon Zehnder. **MM**

Aufholbedarf in der Schweiz

Frauenanteil in Verwaltungsräten, 2016, in Prozent



Quelle: Egon Zehnder

WANDELHALLE

von Florence Vuichard



Klein-Klein

Wenn sie die grossen Fragen nicht mehr im Griff haben, wenden sich Politiker gerne den kleinen Dingen des Alltags zu.

Das grosse Thema der Frühjahrsession ist gesetzt: die Vorsorgereform 2020. Einfach gesagt geht es darum, ob die Einschnitte bei der beruflichen Vorsorge innerhalb der zweiten Säule kompensiert werden sollen.

Oder über einen Zustupf von 70 Franken bei der AHV. Wer ins Detail gehen will, muss sich mit Begriffen wie «Koordinationsabzug» oder «Altersgutschriftensätze» herumschlagen - das aber ist vielen Politikern dann doch zu technisch. Da kümmern sie sich lieber um Themen, die jeder intuitiv versteht. Etwa die Schliessung des Bahnhofbuffets in Freiburg - und der bevorstehende Einzug von Starbucks. Drei Freiburger reichten hierzu je einen ausführlichen Fragebogen ein: CVP-Nationalrat **Dominique de Buman** interessiert zum Beispiel, ob «das holzgetäfelte Interieur» der alten Brasserie de la Gare erhalten bleibe. Und FDP-Mann **Jacques Bourgeois**, im Hauptamt Direktor des Bauernverbands, wollte wissen, ob die SBB bei der Vermietung von Bahnhofsflächen nicht «in erster Linie darauf bedacht sein sollten, lokale Produkte anzubieten». Der Bundesrat antwortete mit freundlichen Allgemeinplätzen und dem Hinweis, dass «weitere Auskünfte zu den konkreten operativen Fragen die SBB direkt» erteilten.

Vom Bahnhofbuffet in Freiburg bis zu Sexszenen in einem Theater in Italien: Der Alltag bietet viele Anhaltspunkte für Fragen.

Fabio Regazzi wiederum empörte 5570 Franken, die Pro Helvetia an Schweizer Theaterproduktionen vergeben hatte für die Teilnahme am Terni Festival in Italien, wo auch ein Stück zu sehen war, das «explizite Sexszenen» enthielt. Der CVP-Nationalrat glaubte, dass Pro Helvetia auch diese «obszöne» Darbietung finanziert habe, und witterte Gesetzesbruch. Der Erkenntnisgewinn in der bundesrätlichen Antwort: Regazzi war falsch informiert.

Das Klein-Klein des Alltags ist ein reicher Fundus für Fragen und Sorgen, mit denen Politiker ihre Klientel bei Laune und den Bundesrat und die Verwaltung auf Trab halten können. In der neuen Legislatur sind bereits 746 Interpellationen deponiert worden, wie diese Fragen in der Parlamentssprache heissen. Das sind 69 mehr als am gleichen Stichtag vor vier Jahren. Angesichts der Tatsache, dass die Bearbeitung eines Vorstosses im Schnitt 4080 Franken kostet, wie der Bundesrat 2007 auf eine Frage von **Peter Spuhler** festhielt, können wir zusammenfassen: ausser Spesen nichts gewesen.